

10 Jahre Euro – Was hat der Euro Gutes bewirkt?

von Marc Adler (Student der Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen)
und
Joachim Fischer (EUROPE DIRECT Duisburg)

Die vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) seit 01.06.1998 vorbereitete Währungsunion führte vor 10 Jahren, am 01.01.1999, zur gemeinsamen Einführung des Euro in zunächst 11 europäischen Ländern. Euro-Bargeld wurde erst ab 01.01.2002 ausgegeben. Zwischenzeitlich ist der Euro die Währung der Europäischen Währungsunion (EWU) und ist in 16 der 27 EU-Staaten eingeführt, daneben in 6 Nicht-EU-Ländern.

Zeit, sich die Frage zu stellen: Was hat der Euro Gutes bewirkt?

Für den einzelnen Bürger war es zunächst schwer, die neue Währungseinheit zu verinnerlichen. Gedanklich wurden anfallende Kosten weiterhin in D-Mark realisiert und mussten immer erst in Euro umgerechnet werden. Zudem empfanden viele den neuen Euro als „Teuro“, und so machte er auch seine Schlagzeilen.

Dieses Phänomen erklärt sich aus der Differenz zwischen tatsächlicher und gefühlter Inflation. So blieben bei den Bürgern die punktuellen Preissteigerungen, wie z. B. in der Gastronomie, in Erinnerung und erzeugten gerade in der Einführungsphase des Euro ein negatives Image. Die gleichbleibenden Preise, wie z. B. die Mietpreise oder aber auch die rückläufigen Preise, wie z. B. für Farbfernseher oder Butter und Brot, sind hingegen weniger stark wahrgenommen worden. Dies ist damit zu erklären, dass Mietpreise sogenannte wiederkehrende Ausgaben sind, meist über Jahre hin stabil sind und auf Grund dieser Tatsache auch nicht so stark in das Blickfeld rücken. Tatsächlich aber haben sich die Verbraucherpreise nicht erheblich erhöht. Die durchschnittliche jährliche Teuerungsrate stieg von 1,4 % in den 5 Jahren vor der Euroeinführung geringfügig auf 1,5 % in den ersten 5 Jahren nach der Euroeinführung. Übrigens spricht man nach den Kriterien der Europäischen Zentralbank

(EZB) in diesem Falle von Preisstabilität, weil die Teuerungsrate unter 2 % liegt!

Positiv konnte der Bürger dagegen die Einführung des Euro bei Auslandsaufenthalten in den Staaten empfinden, in denen ebenfalls der Euro eingeführt wurde. Hier war der Preis transparenter, weil umständliches Umrechnen weggefallen war und ein direktes Vergleichen der Preise für gleiche Waren einfacher wurde. Zudem sparte man die bisher beim Umtausch anfallenden Geldwechselkosten. Auch die vorher möglichen Kurschwankungen waren nicht mehr vorhanden.



Auch der Wirtschaft kam die Einführung des Euro mit den angedachten Zielen der Preisstabilität im gesamten Währungsraum, mehr inner-europäischer Handel und zusammenwachsende Finanzmärkte zu gute. Vor allem profitierten kleine und mittlere Unternehmen durch den Wegfall sogenannter

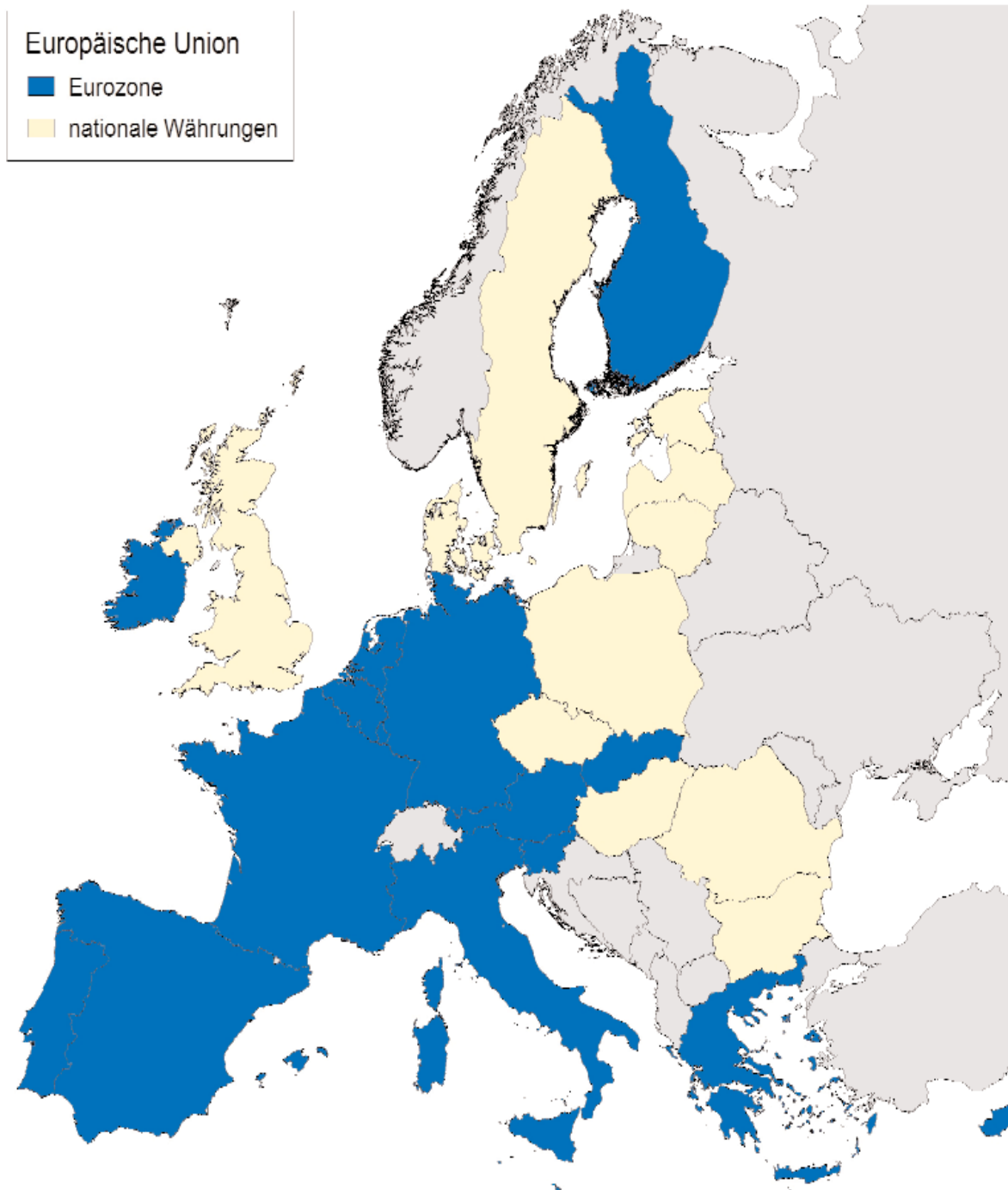
Transaktionskosten. So musste ein Unternehmen nun bei Geschäften im Ausland keine Reserve mehr für Fremdwährung anlegen und sich nicht mehr, übrigens wie noch im Handel mit dem Dollar-Raum üblich, gegen die Kursschwankungen absichern. Die erwähnte „Preistransparenz“ bewirkte mehr Wettbewerb im innereuropäischen Handel und belebte diesen mithin.

Die Stabilität des Euro macht sich auch in der aktuellen Wirtschaftskrise bemerkbar.

Seit seiner Einführung ist der Euro nach dem Dollar zur zweitwichtigsten Währung angestiegen. An dritter Stelle liegt das Britische Pfund (GBP). Das EU-Mitglied Großbritannien hat seinerzeit nicht den Euro eingeführt, sondern blieb bei der nationalen Währung. Großbritannien ist auch nicht dem sogenannten Wechselkursabkommen „Wechselkursmechanismus II“ beigetreten, das

Fremdwährungen fest an den Euro bindet, um Kursschwankungen zu vermeiden. Dies führte jetzt dazu, dass der Wechselkurs des Britischen Pfunds zum Euro stark einfiel. Noch vor Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, Anfang Mai 2008, zahlte man für einen Euro noch umgerechnet 0,77 GBP. Schon Ende Dezember 2008, also nach nur 8 Monaten, lag der Preis für einen Euro auf dem bisherigen Höchststand von 0,97 GBP. Aktuell (April 09) liegt er bei 0,90 GBP. Dieser Umstand belebte in Großbritannien sehr

Eurozone im Jahr 2009



stark die Diskussion, schnellstmöglich dem Euroraum beizutreten.

Preisstabilität im gesamten Währungsraum, mehr innereuropäischer Handel und zusammenwachsende Finanzmärkte.

Zu guter Letzt hat der Euro in seiner Zehnjährigen Geschichte natürlich auch eine Integrationsfunktion. So erhielt er 2002 den Internationalen Karlspreis zu Aachen. In der Begründung hieß es: „*[Der Euro hat] wie kein anderer Integrationsschritt zuvor die Identifikation mit Europa befördert und damit einen entscheidenden, epoche-machenden Beitrag zum Zusammenwachsen der Völkerfamilie [ge]leistet*“.

Auswahl der „Euro-Staaten“

Um eine Stabilitätsgemeinschaft wie die EWU errichten zu können, war das Vorhandensein von monetärer und fiskalischer Konvergenz von Anfang an unbedingt erforderlich. Demzufolge wurden das Fundament für die Auswahl der Teilnehmer an die Konvergenzkriterien gemäß Artikel 121 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag), die sog. Maastricht-Kriterien, geknüpft. Diese Regularien sollen sicherstellen, dass nur die Länder der EWU beitreten, welche fortwährend die Hauptziele der Europäischen Währungsunion unterstützen und sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ähnlich sind (Konvergenz = Annäherung, Übereinstimmung).



Europaweit einheitliche Sondermünze, zum 10-jährigen Jubiläum des Euros

Die Konvergenzkriterien

1. Hoher Grad an Preisstabilität: Diese sollte sich den Inflationsraten der drei preisstabilsten Länder annähern, d.h. sie darf nicht mehr als 1,5% über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder liegen.
2. Haushaltsdefizit: Die Neuverschuldung darf 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.
3. Verschuldung: Die öffentliche Verschuldung (in Deutschland: Gesamtverschuldung von Bund, Länder und Kommunen) darf maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen.
4. Zinsen: Der Zinssatz für langfristige Anlagen (Staatsschuldverschreibungen) darf nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem der preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen.
5. Stabile Wechselkurse: Ein Mitgliedsstaat muss vor der Aufnahme in die Währungsunion mindestens zwei Jahre am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmen und darf seine Währung dabei nicht abwerten.
6. Unabhängigkeit der Notenbank.

Entwicklung und Mitglieder der Eurozone

Die Entscheidung über die ersten Euro-Mitgliedsländer fällte der Rat der Europäischen Union am 3. Mai 1998. Als Mitglieder aufgenommen wurden Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Österreich und Spanien. Griechenland erfüllte zu diesem Zeitpunkt die EU-Konvergenzkriterien zwar noch nicht, wurde aber am 1. Januar 2001 als zwölftes Land in die EWU aufgenommen.

Als erstes der ab 2004 der Europäischen Union beigetretenen Länder konnte Slowenien 2007 den Euro einführen. Malta und Zypern führten den Euro zum 1. Januar 2008 ein. Die Zentralbanken der Länder wurden am Tag des Beitritts automatisch ein Teil des Eurosystems. Die Slowakei bekam am 19. Juni 2008 die Erlaubnis zur Einführung der Gemeinschaftswährung zum 1. Januar 2009.

Dänemark und Großbritannien hatten sich im Vertrag von Maastricht eine Opting-Out-Klausel vorbehalten und von dieser auch Gebrauch gemacht. Schweden verletzte die Konvergenzkriterien bewusst, damit es den Euro nicht einführen musste.

Nicht-EU-Länder

Einige Staaten waren vor der Einführung des Euro bereits eine Währungsunion mit anderen Teilnehmern der Eurozone eingegangen und führten demzufolge ebenfalls den Euro als gesetzliche Währung ein. So bestanden Währungsunionen zwischen Frankreich bzw. Spanien und den Fürstentümern Andorra und Monaco sowie zwischen Italien und San Marino und dem Vatikanstaat.

Während Monaco, San Marino und der Vatikanstaat inzwischen Abkommen mit der EU abgeschlossen haben, die sie zur Ausgabe von Euromünzen berechtigen, existiert zwischen Andorra und der Union bisher kein derartiges Abkommen. Außerdem hat Andorra keine offizielle Währung. Daher ist der Euro in Andorra nur de facto das Zahlungsmittel. Das heißt, es gibt keine von Andorra geprägten Euromünzen.

Im Zuge seiner Unabhängigkeitsbemühungen hatte Montenegro einseitig die Deutsche Mark als Währung eingeführt. Im Kosovo wurde die DM nach dem Ende des Kosovo-Krieges von der UNO-Verwaltung als Währung eingeführt. Nach deren Abschaffung führten beide den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel ein (Montenegro ist seit dem 3. Juni 2006 ein unabhängiger Staat, der Kosovo betrachtet sich seit dem 17. Februar 2008 ebenfalls als unabhängig). Allerdings wurde bisher kein Abkommen mit der EU über eine Einführung des Euros abgeschlossen. Dies ist seitens der EU auch nicht angestrebt, sodass Montenegro und Kosovo weder Einfluss auf die Geldpolitik der EZB nehmen können noch Euromünzen prägen dürfen.



Vatikanstaat: Zwei-Euro- Münze zum 500. Jahrestag der Gründung der Schweizer Garde



San Marino: Zwei-Euro- Münze zum 500. Todestag von Christoph Columbus

Impressum

Duisburger Kurzbeiträge zur Statistik und Stadtforschung

Hrsg.: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik
Bismarckstraße 150-158, 47049 Duisburg, Telefon 02 03 / 283-32 74, Telefax 02 03 / 283-44 04

Internet: <http://www.stadt-duisburg.de>

e-mail: stabsstellei-03@stadt-duisburg.de

Verantwortlich: Burkhard Beyersdorff